









#### **Ausgangssituation**

#### § 67 Abs. 2 WHG:

Gewässerausbau ist die Herstellung, Beseitigung und wesentliche Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer. Deich- und Dammbauten, die den Hochwasserabfluss beeinflussen, stehen dem Gewässerausbau gleich.

#### § 78 Abs. 1 SächsWG:

Die Vorschriften des WHG für Deiche gelten auch für andere öffentliche Hochwasserschutzanlagen, Hochwasserschutzmauern, Hochwasserrückhaltebecken und sonstige Anlagen, die dem Schutz der Allgemeinheit vor Hochwasser zu dienen bestimmt sind;

§ 63 Abs. 2 SächsWG: gleiches gilt für Flutungspolder



#### **Ausgangssituation**

#### § 68 Abs. 1 WHG:

Der Gewässerausbau bedarf grundsätzlich der Planfeststellung durch die zuständige Behörde.

### Zuständige Behörde:

in Sachsen: obere Wasserbehörde

= Landesdirektion Sachsen



### Zuständigkeit der LDS

#### seit Verwaltungsreform 2012:

ein Planfeststellungsreferat in ganz Sachsen für Hochwasserschutzvorhaben
 → politische Zielstellung:

Vereinheitlichung der Arbeitsweise

Bündelung des Personals (Synergien)

- das Referat wird tätig an allen drei Dienststellen der LDS (Verfahrensführung)
- Verfahren werden möglichst in dem Sachgebiet bearbeitet, in dem Vorhaben örtlich liegt, um regionalen Bezug zu wahren
- die fachliche Zuarbeiten (z.B. Wasserbau) erfolgen von der regional zuständigen Dienststelle der LDS aus

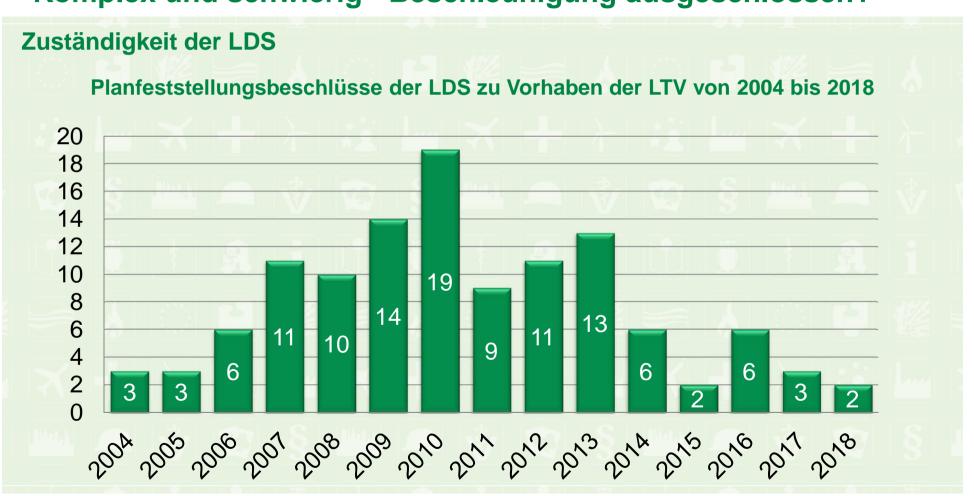




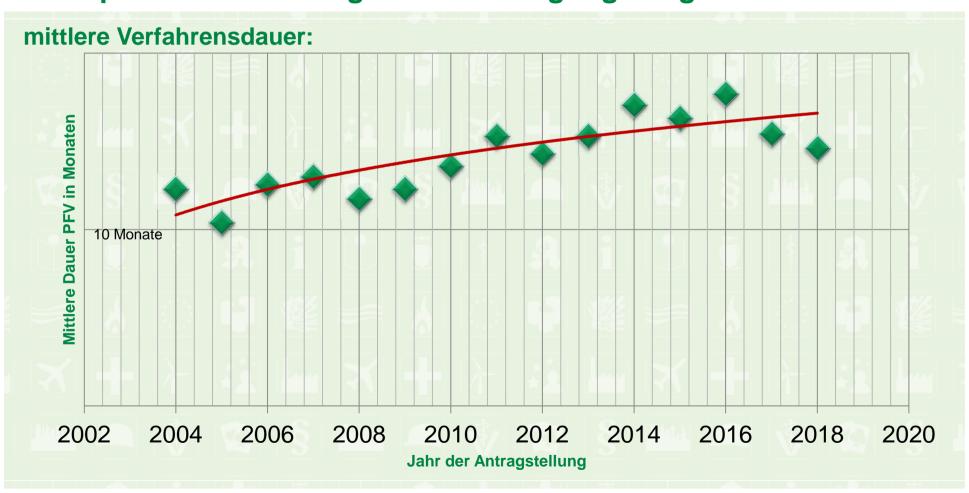
#### Zuständigkeit der LDS

- UVP Vorprüfung (§ 5 UVPG),
  - Antrag durch die LTV oder
  - Überleitung durch LKR/kreisfreie Stadt.
- Planfeststellung für Gewässer 1. Ordnung einschließlich der
  - Entscheidungen zum vorzeitigen Beginn,
  - Entscheidungen über Planänderungen (im Planfeststellungsverfahren oder nach Planfeststellungsbeschluss),
  - Klageverfahren gegen Planfeststellungsbeschlüsse.

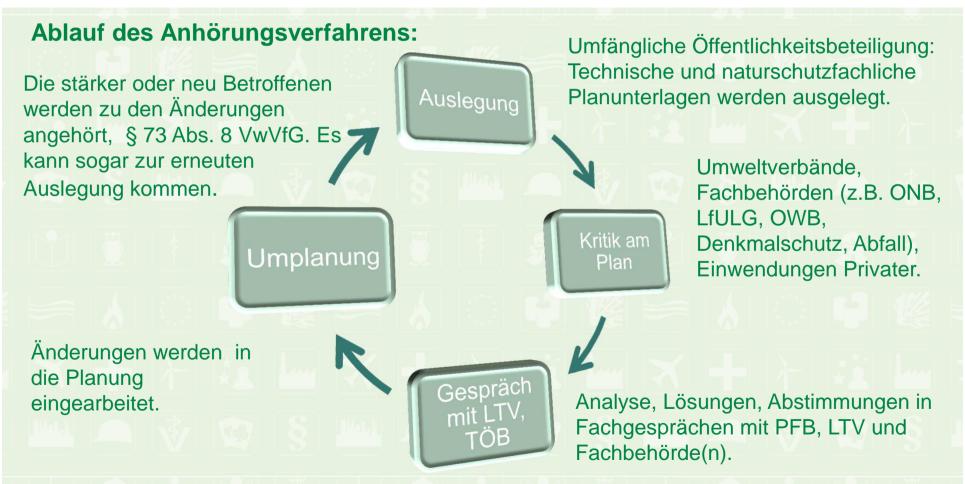














### Bestehende Beschleunigungsregelungen:

- LDS ist zugleich Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde
- § 83 SächsWG, z.B.:
  - kurze Frist zur Aufforderung zur Stellungnahme (zwei Wochen),
  - Frist zur Stellungnahme TÖB: zwei Monate,
  - Erörterungstermin kann entfallen, Ermessen,
  - keine Endabwägung, da gebundene Entscheidung,
  - unwesentliche Planänderungen ohne neues
    Planfeststellungsverfahren (erleichterte Voraussetzungen).



### Mittelbare Beschleunigungseffekte:

- § 7 Abs. 6 UVPG: Frist für UVP Vorprüfung: max. 6 Wochen,
- § 69 WHG: Vorzeitiger Beginn und Abschnittbildung,
- § 83 Abs. 4 SächsWG: Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses ohne Aufschiebende Wirkung,
- § 83 Abs. 3 SächsWG: Wiederherstellung des Deichs auf der vorhandenen Trasse ohne Planfeststellung/ Plangenehmigung,
- § 48 Abs. 1 Nr. 10 VwGO: Erstinstanzliche Zuständigkeit des OVG in Klageverfahren.



Sachverhalte, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde zu längerer Verfahrensdauer führen:

#### 1. Sensible Bereiche

- Gewässer und ihre Ufer sind ökologisch empfindliche Systeme, dort oder in Ufernähe befinden sich oft Bereiche mit besonderer Schutzausweisung, wie z.B.:
  - gesetzlich geschützte Biotope, Lebensräume geschützter Arten,
  - FFH- oder Vogelschutzgebiete,
  - nationale Schutzgebiete des Natur- oder Wasserrechtes.



Hoher Bearbeitungsaufwand aufgrund vorgegebener ökologischer Ziele.

- Hochwasserschutzanlagen werden in bebauten Siedlungsgebieten errichtet:
  - Platzmangel und damit Alternativlosigkeit von Maßnahmen,
  - Denkmalschutz, Altlastenproblematik, Straßenrecht.



Hohes Konfliktpotenzial, hoher Zeitaufwand.



Sachverhalte, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde zu längerer Verfahrensdauer führen:

### 2. Unterschiedlich hohe Komplexität der Vorhaben

Unterschied, ob Gegenstand des Verfahrens

- "nur" Deichinstandsetzung auf der vorhandenen Trasse,
- Deichrückverlegung,
- Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens oder
- Errichtung eines Flutungspolders ist.

→ gestiegene Anforderungen an wasserfachliche/technische Planung und Umweltplanung



Sachverhalte, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde zu längerer Verfahrensdauer führen:

### 3. Rechtliche Rahmenbedingungen

- komplexes Verfahren mit formalisiertem Ablauf und Zulassungen aus vielen unterschiedlichen Rechtsgebieten,
- Gesetzesänderungen (z.B. WHG, BNatSchG, UVPG),
- Vorgaben durch naturschutzrechtliche und -fachliche Rechtsprechung,
- nicht nur Bundesrecht, sondern auch landesrechtliche Vorgaben sind zu beachten,
- aus Rechtsprechung ergeben sich Anforderungen an Planung und Verfahren (z.B. Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie).



Faktoren, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde sowohl bei Vorhabenträgern als auch Behörden kürzere Verfahrensdauer unterstützen:

#### Stabiler ausreichender Personalbestand ohne befristete Arbeitsverträge!



Planfeststellung erfordert lange Einarbeitungszeit, kurze Verweildauern bedeuten Wissen- und "Reibungsverluste".

"Sicherheit macht mutig!"

Probleme: z.T. Personalmangel, kaum geeignete Bewerber zu finden!



Faktoren, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde kürzere Verfahrensdauer unterstützen:

#### Qualität der Planunterlagen

- Scoping-Ergebnisse werden in Planung berücksichtigt,
- keine fehlenden oder veralteten Kartierungen/Bestandserfassungen,
- Prognoseinhalte und Bewertungsmaßstäbe der einzelnen naturschutzfachlichen Schutzregime divergieren nicht innerhalb einer Planung,
- ausreichende Kompensationsmaßnahmen,
- Kompensationsmaßnahmen beinhalten multifunktionale Nutzung,
- aktuelle Grundstücksunterlagen,
- mangelfreie Alternativenprüfung.



Beschleunigungsmöglichkeiten aus Sicht der Planfeststellungsbehörde

Maßnahmen, die seitens der LDS umgesetzt/vollzogen sind:

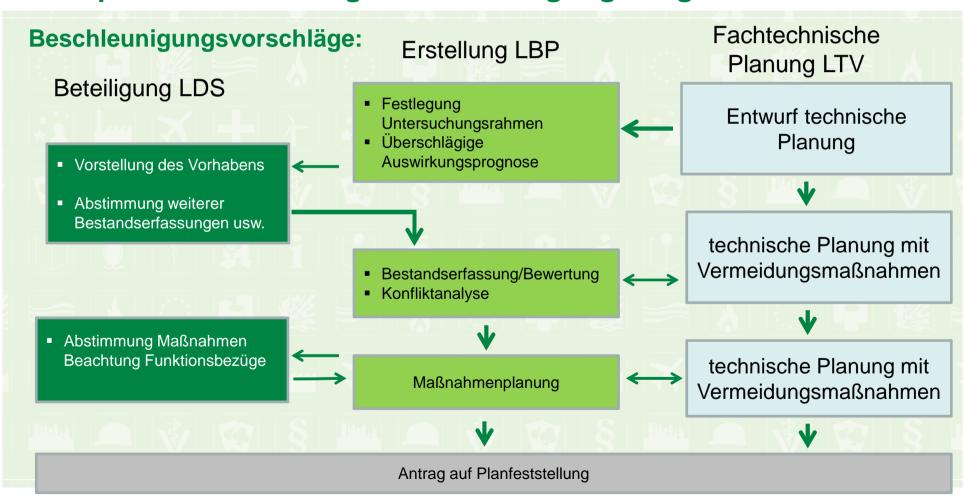
- VIS.SAX,
- Datenbank mit einheitlichen Musterschreiben,
- Wissensaustausch der drei Dienststellen,
  - gemeinsame Dienstberatung,
  - gemeinsam nutzbare Wissensdatenbank,
- fachliche und rechtliche Fortbildung der Mitarbeiter,
- Gespräche mit Betrieben der LTV zu einzelnen Vorhaben:
  - Informationen zum Bearbeitungsstand
  - Austausch bei besonderen Problemen.



Faktoren, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde kürzere Verfahrensdauer unterstützen:

- frühzeitige Einbindung der LDS in die Planung der LTV,
- frühe Einbeziehung der Naturschutzverbände (Expertenwissen nutzen).







### weitere Faktoren, die aus Sicht der Planfeststellungsbehörde kürzere Verfahrensdauer unterstützen:

- Einsatz qualifizierter Planungsbüros,
- umwelt- und naturschutzfachliches Qualitätsmanagement durch entsprechend qualifiziertes Personal auf Seiten der LTV,
- Wissensaustausch zwischen den LTV-Betrieben und innerhalb der Betriebsteile eines Betriebes,
- Themengespräche zwischen LTV und LDS,
- strikte Vorgaben an die Planungsbüros, wie die Abarbeitung bestimmter Themen zu erfolgen hat.



weitere wünschenswerte Beschleunigungsmöglichkeiten aus Sicht der Planfeststellungsbehörde

- Ankauf benötigter Flächen zu marktüblichen Preisen,
- Beschaffung von (landwirtschaftlichem) Ersatzland,
- Entschädigungsregelungen im Falle der Inanspruchnahme von Flutungspoldern oder bei Deichrückverlegungen.



Beschleunigungsmöglichkeiten aus Sicht der Planfeststellungsbehörde

#### Sonstige Maßnahmen:

- Privilegierung von Entsieglungsmaßnahmen,
- Abgrenzung zwischen Kohärenz- und Management-Maßnahmen,
- Verwendung von Ökokontomaßnahmen,
- Möglichkeit der Erweiterung/Veränderung von FFH-Gebieten,
- intensivere Planung multifunktionaler Ausgleichskonzepte.



#### Resümee:

Wir werden nicht langsamer, doch manche Verfahrensschritte werden komplizierter.

Danke für Ihr Zuhören!





#### Literaturangaben:

- DWA Merkblatt DWA-M619, Ökologische Baubegleitung bei Gewässerunterhaltung und –ausbau, Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V., Juni 2015,
- Foto Folie 2: Mobiler Hochwasserschutz in Rochlitz, Aufnahme durch Mitarbeiter LDS zur Verfügung gestellt,
- Gutachten F+E Projekt Nr.02.0233/2003/LR, Entwicklung von Methodiken zur Umsetzung der Eingriffsregelung und artenschutzrechtlicher Regelungen des BNatSchG sowie Entwicklung von Darstellungsformen für landschaftspflegerische Begleitpläne im Bundesfernstraßenbau
- Kleine Anfrage sächs. Landtag (Drs.-Nr. 6/6147 vom 19. September 2016)
- Foto am Ende: Hochwasserrückhaltebecken Buschbach: Das Rückhaltebecken liegt bei Hellendorf in der Nähe von Bad Gottleuba-Berggießhübel. Gestaut wird der Buschbach, der über die Bahra und die Gottleuba in die Elbe fließt. Private Aufnahme, durch Mitarbeiter Referat 42 zur Verfügung gestellt.
- Nachhaltigkeit Stiften! Transdisziplinäre Entwicklung multifunktionaler, nachhaltiger Nutzungs- und Naturschutzkonzepte zur Erhaltung wertvoller Wald-Kulturlandschaften unter besonderer Berücksichtigung des Stiftungsmodells mit Kompensationsflächenpool, Forschungsprojekt Internationales Institut für Wald und Holz NRW, an der Westfälischen Wilhelms-Universtität Münster PROJEKTBEGINN: 01.05.2006, LAUFZEIT: 01.05.2006 – 31.03.2010